

Andrea Caroni

Ihr Ausserrhoder Ständerat

Brandkatastrophen und ihre parlamentarischen Folgen

Sessionsbericht von Ständerat Andrea Caroni zur Frühjahrssession 2025, 20. März 2026

Die Frühjahrssession 2026 war geprägt von zwei Brandkatastrophen, dem Seilziehen um Entlastungspaket 27, AHV-Finanzierung und Neutralitätsinitiative sowie der Komplettierung der Ausserrhoder Delegation in Bundesbern.

Die Frühjahrssession begann mit einer Schweigeminute für die Opfer der Brandkatastrophe von Crans-Montana. Der Bundesrat hatte uns hierzu zudem ein [dringliches Bundesgesetz](#) unterbreitet. Als neuer Präsident der Rechtskommission leitete ich die entsprechenden dringlichen Zusatzsitzungen. Unsere Anteilnahme mit den Opfern war gross. Wir ahnten jedoch sofort, dass ein Spezialgesetz nur für diese Katastrophe eine problematische Ungleichbehandlung erzeugen könnte. Der Bundesrat hatte allerdings bereits weltweit Leistungen der Schweiz versprochen. Wir retteten, was zu retten war, verschoben den grössten Teil des Gesetzes (20 Millionen für Zahlungen an einem runden Tisch) auf den ordentlichen Gesetzgebungsweg und gestalteten die dringliche Zahlung von je CHF 50'000 an die Opfer zu einem Vorschuss um, den der Bund bei den Verantwortlichen zurückholen soll.

Es war eine bittere Ironie des Schicksals, dass kurz nach Abschluss der Beratungen in Kerzers eine weitere Brandkatastrophe mehrere Todesopfer forderte. Sie führte uns die erwähnte Ungleichbehandlung auf tragische Weise vor Augen. In einer Schweigeminute gedachten wir auch dieser Opfer.

Entlastungspaket, AHV, Neutralität

Das [Entlastungspaket](#) 27 (EP 27) hatte nie die Ambition zu sparen, sondern nur das Ausgabenwachstum auf das Einnahmenwachstum zu begrenzen. Wie zu erwarten, beschossen es aber Interessenverteter aller Couleur dermassen, dass nur noch ca. 60 % übrigblieben. Das Paket wurde ein so kleines „Päckli“, dass die Gegner sogar das Referendum dagegen abbliesen. Das sagt alles. Um die Schuldenbremse einzuhalten, muss das Parlament nun halt beim Budget umso mehr streichen (was ihm auch nicht leichter fallen wird).

Schwer fällt dem Parlament auch die [Finanzierung der 13. AHV-Rente](#). Sie zu versprechen war jedenfalls leichter. Der Ständerat beschloss zum zweiten Mal, neben der Mehrwertsteuer auch die Lohnabgaben zu erhöhen. Ich lehnte das ab, weil Lohnabgaben vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer belasten – je jünger sie sind, desto länger. Das Geschäft geht zurück in den Nationalrat.

Ganz besonders schwer fiel den Räten der Umgang mit der [Neutralitätsinitiative](#) (von Gegnern auch „Pro-Putin-Initiative“ genannt). Die Neutralität selbst ist unbestritten und

bereits zweimal in der Verfassung verankert. Die Initianten möchten jedoch darüber hinaus die internationale Zusammenarbeit erschweren und bestimmte Wirtschaftssanktionen verhindern. Die Räte stritten über einen Gegenvorschlag, der dann erst in der Einigungskonferenz hauchdünn abgelehnt wurde. Ich teile die Meinung, dass die Neutralität heute bereits klar in der Verfassung verankert ist und dass die geplanten Verschärfungen für die Schweiz nachteilig wären. Im Herbst wird man darüber abstimmen können.

Namensrecht und lebenslange Freiheitsstrafe

Die bereits erwähnte Rechtskommission hat neben der «Lex Crans-Montana» noch weitere Geschäfte durch die Räte gebracht: nach vielen Jahren wurde endlich das [Namensrecht](#) angepasst. Neu wird es wieder möglich sein, bei der Heirat einen Doppelnamen zu wählen. Man kann auch wie bisher den eigenen Namen behalten oder den des Partners bzw. der Partnerin übernehmen. So viel Flexibilität gab es noch nie.

Weiter beschlossen beide Räte definitiv, meine Motion zur [Verschärfung der lebenslangen Freiheitsstrafe](#) umzusetzen. Künftig wird eine Entlassung nach frühestens 17 Jahren wegen guter Prognose möglich sein. Ebenso stimmten beide Räte meinem Vorschlag zu, bei [Wiederholungstätern keinen Strafrabatt](#) mehr zu gewähren. Der Bundesrat muss hierfür nun einen Vorschlag bringen.

Zudem reichte ich diese Session zwei neue Vorstösse ein: In einer [Interpellation](#) frage ich den Bundesrat, weshalb er wichtige Bahnprojekte für die Ostschweiz streichen will, dafür aber am Grimsel mindestens 800 Millionen für einen unnützen Tunnel «verlochen». Mit einer Motion fordere ich sodann eine «[Lohnprozentbremse](#)» in der Verfassung. Diese begrenzt die Steuern heute schon. Dasselbe sollte auch für steuerähnliche Lohnabgaben, wie Beiträge an die AHV, IV oder EO, gelten. Somit würde für die Erhöhung stets dieselbe Hürde gelten. Ein Ja von Volk und Ständen wäre notwendig, wie es heute schon bei den Steuern der Fall ist (z. B. bei der Mehrwertsteuer).

Ausserrhoden komplett

Auch das Gesellige kam nicht zu kurz. Besonders erwähnen möchte ich das traditionelle Parlamentarier-Jassturnier, bei dem ich mit Rang 19 (von 31) noch Luft nach oben habe. Immerhin kamen alle meine Jasspartner aufs Podest, ich zog sie also nicht übermässig runter.

Ein ganz besonderer Moment folgte just zum Abschluss der Session: Am Freitagmorgen um 8:05 Uhr wurde Edgar Bischof als neuer Ausserrhoder Nationalrat vereidigt. Nach genau drei Monaten nationalrätlicher Vakanz seit „Zubis“ Rücktritt ist die Ausserrhoder Deputation in den eidgenössischen Räten wieder vollzählig. Willkommen, Nationalrat Edgar Bischof, und auf eine gute Zusammenarbeit für unseren Kanton.